

Option für die Armen auf nordamerikanisch

Die Atempause nach den US-Präsidentenwahlen vom November letzten Jahres fiel diesmal recht kurz aus: Nach dem Erdrutschsieg von *Ronald Reagan* über seinen Herausforderer *Walter Mondale* wurde das politische Nordamerika recht schnell wieder auf den Boden sozialer und politischer Probleme des Landes zurückgeholt. Es war noch keine Woche seit dem Wahltag vergangen, als die US-amerikanischen Bischöfe den *ersten Entwurf* ihres lang erwarteten Hirtenbriefes zu Fragen der „Katholischen Soziallehre und der Wirtschaft der Vereinigten Staaten“, so sein Titel, veröffentlichten. Aus dem Präsidentschaftswahlkampf sollte dieses bereits 1980 im Anschluß an die Verabschiedung einer Erklärung zum Marxismus (vgl. HK, Januar 1981, 48 f.) beschlossene Schreiben bewußt herausgehalten werden; selbst die Mitbrüder im Bischofsamt erhielten den von einer Gruppe von fünf Bischöfen unter der Leitung des Erzbischofs von Milwaukee und ehemaligen Abt-Primas der Benediktiner, *Rembergt Weakland*, erarbeiteten Text erst nach den Wahlen.

Kaum ein Hirtenbrief dürfte bereits so lange vor seinem Erscheinen eine solche Rolle gespielt haben wie dieser Entwurf. Die Diskussion über das Verhältnis von Religion und Politik, wie sie während des Präsidentschaftswahlkampfes geführt worden war (vgl. HK September 1984, 398 f.), hatte die Erwartungen noch einmal gesteigert. Die Erwartungen dürfte der Entwurf insofern erfüllt haben, als er in der Tat, von den einen befürchtet, von den anderen erhofft, nicht spart mit *Kritik an der US-amerikanischen Gesellschaft* und ihren inneren ökonomischen und sozialen Verhältnissen sowie der Rolle, die das Land in der Weltwirtschaft spielt.

Nicht daß die Bischöfe den *Kapitalismus* oder das *Recht auf Eigentum* in grundsätzlicher Weise in Frage stellen würden. Im Gegenteil. Von der US-

Wirtschaft sagen die Bischöfe, daß sie immerhin „unerhört erfolgreich“ gewesen sei bei der Versorgung mit materiellen Gütern und beim Anheben des Lebensstandards der Bürger. Im Falle des Rechts auf Eigentum stellen sie fest, daß der Schutz dieses Rechts eine wichtige Voraussetzung für eine gerechte Wirtschaftspolitik darstelle. Außerdem öffne es einen Raum in der Gesellschaft für das Entstehen von Kreativität und Initiative, was gleichermaßen den einzelnen Bürgern wie auch dem Gemeinwohl zugute komme. Obendrein halten sie eine „gewisse Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Dienstleistungen“ manchmal für durchaus gerechtfertigt.

Ein „prophetisches Mandat“

Es dürfe nicht vergessen werden, so die Bischöfe, daß immerhin 8,5 Millionen Arbeitslose (September 1984) zu verzeichnen seien, das sind 7,4 Prozent aller Arbeitnehmer. Ende 1983 hätten nach den offiziellen Kriterien der Regierung 35 Millionen US-Amerikaner unterhalb der Armutsgrenze gelebt. 1982 hätten die reichsten 20 Prozent der US-Amerikaner über mehr Einkommen verfügt als die unteren 70 Prozent auf der Einkommensskala. Angesichts dieser Lage benötige Amerika dringender denn je eine Erneuerung des Gefühls für *Solidarität* sowie politische und institutionelle Reformen, die eine wirkliche *Teilhabe* am Ganzen verstärkten und die zu tragende Verantwortlichkeit in der Wirtschaftsgesellschaft breiter streuten. Zur Frage des Rechts auf Eigentum verweisen die Bischöfe darauf, daß angesichts der bedürftigen Menschen in aller Welt das Eigentumsrecht gegenüber den Prinzipien der „*Treuhänderschaft*“ und des „gemeinsamen Gebrauchs der Schöpfungsgüter“ zurücktreten müsse: Gott sei der einzige wirkliche Besitzer, der Mensch dage-

gen Verwalter der ihm überlassenen Güter. In Sachen *Ungleichheit* kommen die Bischöfe zu dem Ergebnis, daß „das Niveau an Ungleichheit bei Einkommen und Wohlstand in unserer Gesellschaft und erst recht im Weltmaßstab heute als moralisch unannehmbar beurteilt werden“ müsse.

Einer in bezug auf das Gemeinwohl „visionslos“ gewordenen Gesellschaft hält der Entwurf eine „christliche Vision vom Wirtschaftsleben“ entgegen. Grundlegendes Kriterium für wirtschaftliche und politische Entscheidungen müsse die Frage sein, ob sie dem Menschen dienen: „Die Wirtschaft wurde für die Menschen geschaffen, für *alle* Menschen, und nicht umgekehrt.“ Die Güte der Wirtschaftspolitik sei daran zu messen, ob sie den *Armen* und *unterprivilegierten Mitgliedern der menschlichen Gemeinschaft* helfe und ihnen ermögliche, aktivere Teilnehmer im Wirtschaftsleben zu werden. Ihren Hirtenbrief wollen die Bischöfe als einen „Ruf nach einer amerikanischen internationalen Wirtschaftspolitik“ verstehen, die „den Menschen einen Sinn für ihren eigenen Wert gibt, ihnen hilft, die Qualität ihres Lebens zu verbessern, und ermöglicht, daß die Vorteile wirtschaftlichen Wachstums unter ihnen gleich verteilt werden“. Der aus der lateinamerikanischen Theologie stammenden „Option für die Armen“ räumen die US-Bischöfe eine zentrale Stellung ein: Sie lege der heutigen Kirche ein „prophetisches Mandat“ auf, „für die zu sprechen, die niemanden haben, der für sie spricht“. Die Option für die Armen fordere von der Kirche eine „Vision des Mitleidens“, die die Dinge aus der Sicht der Armen sehen lasse. Sie rufe nach einer individuellen wie auch gemeinschaftlichen „Selbstentäußerung“.

Reform des Wohlfahrtssystems

Konkret ins Gericht mit dem eigenen Land gehen die Bischöfe im zweiten Teil des Entwurfs. Während sie im ersten Teil biblisch-theologische und ethische Perspektiven für das Wirtschaftsleben entwerfen, greifen sie

hier aus dem Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik *vier Themen* heraus (ein fünftes – Ernährung und Landwirtschaft – kann erst in den zweiten Entwurf aufgenommen werden): Arbeitslosigkeit, Armut, inneramerikanische Wirtschaftspolitik, das Verhältnis USA – Weltwirtschaft. Demnach halten die Bischöfe neue Anstrengungen zur Erreichung von *Vollbeschäftigung* in den USA für notwendig, wobei sie eine Arbeitslosenrate von drei bis vier Prozent als eine vernünftige Definition von Vollbeschäftigung ansehen. Angesichts seines „erbärmlich unzulänglichen“ Zustandes fordern sie eine „grundlegende Reform des *Wohlfahrtssystems*“, betonen jedoch auch, daß das Wohlfahrtssystem kein Ersatz für fundamentale Reformen in der Wirtschaftspolitik sein könne. Für das Wirtschaftsleben der USA verlangen sie mehr *Koordination* und Planung. Wettbewerb allein genüge nicht. Wobei sie „Planung“ im Sinne einer Balance zwischen individuellen Initiativen und der Verantwortlichkeit der Bürger für das Gemeinwohl verstanden wissen möchten. An der *Entwicklungspolitik* ihres Landes wird kritisiert, daß Entwicklungsländer im großen Maße zu „Testfällen im Ost-West-Streit“ geworden seien. Themen politischer und wirtschaftlicher Entwicklung träten zurück hinter politisch-strategische Überlegungen.

Der Entwurf der US-Bischöfe stellt den Versuch dar, Impulse der *katholischen Soziallehre* auf die Wirtschaft ihres Landes anzuwenden. Dabei ist man auffällig bemüht, immer wieder mit Hilfe von Zitaten aus Beschlüssen des Zweiten Vatikanischen Konzils sowie der letzten Päpste, gerade auch Johannes Pauls II., die Verbindung zur neueren Lehrtradition der Gesamtkirche unter Beweis zu stellen. Auf diese Weise kommt in dem Entwurf ein Typ von Soziallehre zur Geltung, dessen Grundlage weit weniger in einer allgemeinen Wirtschaftsethik zu suchen ist als vielmehr in einer unmittelbaren Orientierung an biblischen Vorgaben: So beispielsweise, wenn die „Option für die Armen“ als das „soziale und ekklesiologische Gegenstück der Selbstentäußerung (Ke-

nosis) Jesu in der Inkarnation“ bezeichnet wird.

Der Entwurf versucht für das kirchliche Handeln gerade auch den *politischen Charakter* der in dem Zusammenhang zur Diskussion stehenden Fragen herauszustreichen. Während man der traditionellen, gerade auch von Deutschen geprägten Soziallehre eher vorwarf, sie harmonisiere allzu stark und übersehe gesellschaftliche Konflikte, werden Konfliktfelder in dem Entwurf ungeschminkt beim Namen genannt. Ungewohnt dürfte im übrigen sein, daß für den Kontext eines Industrielandes wie den USA die „Option für die Armen“ konsequent als Kriterium miteingebracht wird. Hier haben theologische und kirchliche Umorientierungen in der Dritten Welt, vor allem in Lateinamerika, Pate gestanden.

Gegenbrief einer Laiengruppe

Teile der amerikanischen Öffentlichkeit stufen die bischöflichen Überlegungen als „liberal“ ein, was in den USA so viel heißt wie „links“. Von der einen Seite wird begrüßt, daß die ethische Bedeutung des Wirtschaftslebens in dieser Deutlichkeit herausgearbeitet worden ist. Die andere Seite beklagt den *mangelnden Realismus* des Entwurfs, bis hin zu der Bemerkung des ehemaligen Finanzministers *William Simon*, das Hirntenschreiben gleiche im wesentlichen einer „Wunschliste für den heiligen Nikolaus“ (NC News Service, 26. 11. 84).

Simon gehört auch einer vom „American Catholic Committee“ beauftragten Gruppe von Laien an, die sich im Mai letzten Jahres bildete und wenige Tage vor der Veröffentlichung des Bischofsentwurfes einen eigenen Text unter dem Titel „Auf dem Weg in die Zukunft“ (vgl. HK Dezember 1984, 585f.) vorlegte, in dem das Wirtschaftssystem der freien Marktwirtschaft als das „effektivste“ System bezeichnet wird, und damit auch letztlich als das „moralischste, um nationale und weltweite Probleme wie Armut, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsplanung, Welthandel und Entwicklung zu lösen“. *Kapitalismus* sei eine not-

wendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für politische und bürgerliche Freiheiten und ebenso für die wirtschaftliche Entwicklung. Die einzige wirkliche Grundlage für größere soziale Gerechtigkeit sei wirtschaftliche Entwicklung. Das vorrangige Ziel müsse darin bestehen, „Überfluß zu produzieren“ (NC News Service 9. 11. 84). Das Weiße Haus hält sich mit einer Wertung des Entwurfes noch zurück und betonte lediglich, es teile die Besorgnis der Bischöfe um die Armen.

Ein zuverlässiges Bild über die Haltung der US-amerikanischen Bischöfe zu dem Entwurf der von ihnen beauftragten Kommission ist z.Z. noch kaum möglich. Eine Reihe von Äußerungen schlagen Detailveränderungen vor, andere wünschen sich eine insgesamt positivere Sicht vom Wirtschaftsleben. Bischof *Frank Rodimer* von Paterson/New York wies erste Wertungen des Textes mit der Bemerkung zurück, der Entwurf sei keineswegs radikal, nur mache sich eben derjenige, der eine prophetische Rolle einnehme, verletzlich, und man bezeichne ihn als Träumer (NC News Service, 28. 11. 84). Der Erzbischof von Washington, *James Hickey*, bezeichnete den Entwurf als eine „glaubensstarke Reflexion von einer 100 Jahre umfassenden kirchlichen Soziallehre“. Er stelle eine Herausforderung an alle Ideologien dar und markiere den Beginn einer „authentisch nordamerikanischen vorrangigen Option für die Armen“ (NC News Service 14. 11. 84). Erzbischof Weakland hat inzwischen zugestanden, daß der Entwurf durchaus etwas mehr Optimismus hätte widerspiegeln dürfen, allerdings nicht so viel, daß es die Menschen dahin bringe, die Wirklichkeit zu vergessen, die ernstliche Notlage der Armen (NC News Service, 15. 11. 84).

Der Textentwurf wird im Laufe des Frühjahrs überarbeitet und soll als zweite Fassung der nächsten Vollversammlung im Juni 1985 vorgelegt werden und dort Gegenstand der Diskussion sein. Auf Grund der Ergebnisse dieser Beratungen wird eine dritte Fassung erarbeitet werden, die dann die

Vollversammlung im November diskutieren und verabschieden soll. Die Bischöfe haben damit ein *Verfahren* gewählt, das sie zum erstenmal beim Friedenshirtenbrief anwandten. Auch bei der Erarbeitung des Wirtschaftshirtenbriefs veranstaltete die zuständige Bischofskommission in der Zeit von 1981 bis 1984 16 Anhörungen, auf denen mehr als 100 Fachleute befragt wurden, Wissenschaftler, Politiker, Theologen, Vertreter kirchlicher Gruppen und Einrichtungen, auch Vertreter anderer christlicher Kirchen und Denominationen. Neben der Diskussion in der allgemeinen Öffentlichkeit wird man innerkirchlich in den nächsten Monaten versuchen, die in dem Entwurf angeschnittenen Fragen auch in die Bistümer und Gemeinden zu tragen, um so gesamtkirchlich wie auch gesamtgesellschaftlich eine Meinungsbildung, oder sei es auch nur eine Sensibilisierung, in Gang zu setzen.

Protestantisches Memorandum zur Ökumene

Der gemeinsamen Selbstbesinnung der aus der Reformation hervorgegangenen Kirchen im Blick auf ihren Auftrag in der ökumenischen Bewegung möchte ein *Memorandum* dienen, das fünf von evangelischen Kirchen getragene *Ökumenische Institute* vor einigen Wochen vorgelegt haben. Das Memorandum mit dem Titel „Reformatorsche Kirchen und ökumenische Bewegung“ wurde von Mitarbeitern der Ökumenischen Institute in Bensheim, Bern, Kopenhagen, Prag und Straßburg (geleitet von *Reinhard Frieling*, *Lukas Vischer*, *Peder Nørgaard-Højen*, *Jaroslav Ondra* und *Harding Meyer*) bei einer Konsultation im April 1984 auf dem Leuenberg bei Basel erstellt, wo 1973 die „Leuenberger Konkordie“ verabschiedet worden war (vgl. HK, Mai 1973, 220–221). Auf diese „Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa“, der die allermeisten lutherischen, reformierten und unierten Kir-

Nach dem Friedenshirtenbrief der US-Bischöfe steht der nordamerikanische Katholizismus damit erneut in einer für ihn immer noch eher ungewohnten Deutlichkeit im Zentrum der Auseinandersetzungen um grundlegende Fragen des Selbstverständnisses der Vereinigten Staaten. Allem Anschein nach wird die Diskussion über den Wirtschaftshirtenbrief der über den Friedenshirtenbrief an öffentlicher Aufmerksamkeit und politischem Stellenwert in nichts nachstehen. Bedingt durch seine unmittelbaren Rückwirkungen auf das alltägliche Leben eines jeden Amerikaners, wird vielfach ein eher größeres öffentliches Echo erwartet. Das Ausmaß an Bereitschaft zur Selbstkritik seitens der Bischöfe dürfte angesichts des neu gewonnenen Optimismus und Selbstwertgefühls der Vereinigten Staaten dem momentanen Lebensgefühl vieler US-Amerikaner diametral zuwiderlaufen.

K. N.

kennen des Evangeliums heute zielt und im Zuge der Erfüllung dieser Aufgabe die grundlegenden Überzeugungen der Reformation neu auszusagen sucht“.

Entschieden reformatorisch

Als zentrale Aussagen der Reformation werden in dem Text (erschieden als epd-Dokumentation Nr. 49a/1984) die Rechtfertigung allein aus Glauben, das spezifische Verständnis von Wort Gottes, Schrift und Tradition, von Kirche und Amt und von Bekennen und Bekenntnis herausgestellt. Dabei wird jeweils in einem ersten Schritt der bleibende Gehalt der reformatorischen Grundeinsichten zu verdeutlichen versucht. Dem schließen sich dann Anfragen an diese Positionen an, wie sie sich im ökumenischen Gespräch mit anderen Kirchen ergeben, sowie Perspektiven für ihre Weiterentwicklung angesichts der geistigen und gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart.

Ein Merkmal des Memorandums springt sofort ins Auge: Während ökumenische Konvergenztexte vor allem um den Aufweis von Gemeinsamkeiten bemüht sind und Brücken zwischen verschiedenen konfessionellen Traditionen und ihren Lehraussagen zu schlagen versuchen, wird hier sehr pointiert das *spezifisch Reformatorische* herausgestellt. So betonen die Autoren, die Rechtfertigungslehre dürfe nicht zu einer Teillehre verkürzt werden, sondern alles in der Theologie müsse auf dieses Zentrum bezogen werden. Unter Bezugnahme auf das reformatorische „sola scriptura“ wird festgehalten, weder „dogmatische Fixierungen wie konziliare Lehrentscheidungen“ noch andere Faktoren wie die „Rede von der Normativität der ‚ungeteilten Kirche‘, der consensus quinquasecularis, Bekenntnisschriften, kirchliche Praxis, gläubige Erfahrung, Theologie oder Amt“ dürften als zusätzliche Kriterien neben der Schrift auftreten.

Diese Akzentsetzung macht sich vor allem in den Ausführungen über *Kirche* und *Amt* bemerkbar. Das Memorandum hält zwar fest, sofern das

chen in Europa zugestimmt und damit Kirchengemeinschaft untereinander erklärt haben, wird in dem Memorandum denn auch ausdrücklich und ausführlich Bezug genommen. Die reformatorischen Kirchen in Europa sollten, so die Verfasser, die durch Leuenberg hergestellte Gemeinschaft um ihres eigenen Zeugnisses und um der ökumenischen Bewegung willen als Rahmen für den Prozeß der Selbstbesinnung benützen.

Als Gründe für die Notwendigkeit einer solchen innerprotestantischen Selbstbesinnung nennt das Memorandum die in den evangelischen Kirchen *weitverbreitete Unklarheit darüber, was heute Inhalt und Bedeutung der Reformation* sei und die bisherige Unfähigkeit dieser Kirchen, im ökumenischen Gespräch ihre grundlegenden Überzeugungen zu formulieren. Es müsse ein Prozeß in Gang gesetzt werden, „der auf das gemeinsame Be-